

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Röblich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rühlknappel und Tirschheim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich bei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungsverleger entgegen. — Drucknummer 20 716.



Anzeigenpreis: Die sechsgepolte Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispolige Zeile 1,75, für auswärts 200 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 097.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Ministerien des Freistaates Sachsen und der nachgeordneten Behörden, insbesondere des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 210.

Donnerstag, den 9. September 1920

70. Jahrgang.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben
Sonntag, den 11. September 1920
die Strohkasse, das Meldeamt und das Stadtbauamt,
Montag, den 13. September
die Katasteramt, das Versicherungsamt und das Unter-
stützungsamt, sowie
Dienstag, den 14. September
das Lebensmittelamt, die Stadtkasse und Buchhalterei
geschlossen.
Stadtrat Lichtenstein-Callnberg,
7. September 1920.

Verpachtung rüdtlicher Grundstücke.
Alle diejenigen, welche den Wunsch haben, rüdtliche Grundstücke in Pacht zu nehmen, werden ersucht, sich **Montag, den 13. September d. J.** nachm. 5 Uhr im Saale der „Goldenen Sonne“ zur mündlichen Abgabe ihrer Angebote einzufinden. Auch die bisherigen Pächter werden hierzu aufgefordert, da in der Regel bedingungsweise das Meistgebot entscheidet wird. Unter allen Umständen erfolgt der Zuschlag vorbehaltlich der später noch eingeholenden Genehmigung des Gemeinderates.
Lichtenstein-Callnberg, am 9. September 1920.
Der Stadtrat.

Die Preise
bei dem Verkauf von Kohlen sind im Kleinhandel frei Haus für die Stadt Lichtenstein-Callnberg von heute ab wie folgt festgesetzt worden:
Kohlen vom Deleneshacht für den Zentner auf höchstens 20.— Mk.
Kohlen vom Vereingefeldshacht für den Zentner auf höchstens 20.— Mk.
Kohlen vom Hedwigshacht für den Zentner auf höchstens 22.— Mk.
Händlern, welche diese Preise überschreiten, werden unmissverständlich die Bezugsheime entzogen; außerdem erfolgt Bestrafung.
Stadtrat Lichtenstein-Callnberg,
den 9. September 1920.

**Verlängerung der Fristen für Früh-
druckprämien**
Infolge Anordnung des Wirtschaftsministeriums in Dresden werden die vom Reich festgesetzten Fristen

für die Lieferungszuschläge bei Brotgetreide und Gerste (Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 12./8. 20) für die unter * genannten Fluren infolge ihrer Höhenlage um 2 Wochen verlängert.

*
Glauchau, Hohenstein-C., Lichtenstein-C., Bernsdorf, Callenberg, Dornberg, Ebersbach, St. Egidien, Falken, Gersdorf, Grumbach, Heinrichsdorf, Hermsdorf, Hohndorf, Rühlknappel, Langenberg, Langenchursdorf, Lobsdorf, Meinsdorf, Müllengrund, St. Jacob, Müllengrund, Müllengrund St. Nicolaus, Niederlungwitz, Niedermülsen, Oberlungwitz, Reinholdshain, Reichenbach, Röblich, Rothbach, Rüdorf, Stangendorf, Thurm, Tirschheim, Volzfelde.

Die Zuschläge betragen daher für Ablieferungen aus diesen Fluren:

bis einschl. 14. August für die Tonne 200 Mark,
29. September für die Tonne 150 Mark.
Für die übrigen Fluren bemendet es bei den bereits bekannt gegebenen Prämienfristen.

Bezirksverband Glauchau, am 3. September 1920.
Amtshauptmann Freiherr v. Weich.
— Nr. 1510 Betr. A. —

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die der „Vorwärts“ mitteilt, hat Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in der gestrigen Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses erklärt, daß das Reich für eine einmalige Beschäftigungsbeihilfe an Arbeitslose 20 Millionen Mark ausgemessen habe.

* Die deutschen Bürgermeister von vier Städten die es abgelehnt haben, den Freireis auf die heilige Verfassung abzulegen, sind durch einen Erlass des Gouverneurs vom 5. September ihres Amtes entbunden worden.

* Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus London: Lord Cecil hielt in Oxford eine große politische Rede für die Einbeziehung Deutschlands in den Völkerbund, da nur dadurch die Gefahr des Bolschewismus gebannt und das Ende der russischen Räterepublik beschleunigt werden könne.

* Im Ober- und Warthe-Beck ist infolge des Hochwassers die Ernte vollkommen verloren. Der Schaden ist sehr groß.

* Einer Meldung der „Times“ aus Konstantinopel zufolge sollen auf dem von den Bolschewiken besetzten Gebiet der Dardanellen in Bursa Vorträge gehalten werden über das Thema „Indien muß von der britischen Herrschaft befreit werden.“ Andere Nachrichten besagen, daß General Pojcha zum Oberkommandierenden der bolschewistischen Kavallerie-Truppen ernannt sei und mit dieser gegen Indien marschieren wolle.

* Die litauische Regierung hat an die französische Militärkommission eine Note gerichtet, in der sie darum ersucht, die Verbungen für die Wrangelarmee in Litauen einzustellen, da Litauen sich sonst einer Verletzung der Bestimmungen des russisch-litauischen Friedensvertrages schuldig mache.

Deutsches Reich.

Dresden. Das Gend. der aus Teuthland nach Ausland ausgewanderten deutschen Familien. Der Dresdener Bürgererrat richtete, wie die T.M. erzählt, in einer Eingabe an die sächsische Regierung auf Grund der Eröffnungen Dittmanns in der „Freiheit“, die in vollem Umfang das Ver. bestätigt, das von bürgerlicher Seite von Ausland bisher gezeichnet wurde, die Anfrage, ob diese in der Lage ist, den unglücklichen Familien in Ausland die Heimkehr zu ermöglichen, und die weitere Abwanderung deutscher Familien in das russische Gend. zu verhindern. Auf irreführende Verheißungen (ein eine große Anzahl deutscher Familien nach Rußland ausgewandert, die jetzt bereits nach dem Bericht Dittmanns im tiefsten Gend. leben, schützlich nach Hause verlangend. Aus dem Bericht Dittmanns geht hervor, daß die Sowjetregierung diesem Wunsch Schwierigkeiten in den Weg legt. Nach dem Bürgererrat zugegangenen Berichten soll es sich aber nicht um 80-100 Familien, wie die „Freiheit“ angibt, son-

dern um eine weit größere Anzahl handeln, die als in die Laufende geht.

Berlin. (S. Obersteleien.) Der Reichstagsrat hat an den deutschen Bevollmächtigten für den Abstimmungsbezirk Obersteleien, Fritzen Dapfel, ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß das Reichskabinett und das preussische Kabinett in einer gemeinsamen Sitzung über die Mittel zur Abwehr der obersteleien bedrohenden Gefahren beraten haben. Mit Entschlossenheit werden die Regierungen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um der Bevölkerung Obersteleiens bei ihrem guten und gerechten Kampfe zu helfen. Um der äußeren Bedrohung zu wehren, die durch den Tod ihres Ernährers und durch zahllose Gewalttaten über viele Familien herabgebracht ist, haben die Regierungen einen Betrag von zunächst zehn Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

(Gegen die Entziehung der obersteleien Kohle.) Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz eine Note überreicht, in welcher die deutsche Regierung die verbündeten Regierungen nachdrücklich darauf aufmerksam macht, daß ihr die Erfüllung der von ihr eingegangenen Kohlenlieferungsverpflichtungen unmissverständlich gemacht wird, wenn die Kohlenproduktion, welche ihr zurzeit der Verhandlungen von Spa zur Verfügung stand, eine Einschränkung erfährt. Diese Voraussetzung sei durch die immer erörterte werdende Lage in Obersteleien eingetreten. Die augenscheinlichen Vorgänge in Obersteleien haben bewirkt, daß die Kohlenproduktion erschwerend gesunken ist, und daß von dem Deutschland belassene Anteil an der obersteleien Kohlenproduktion nach und nach verschwindende Mengen nach Deutschland gelangen. Der deutschen Regierung ist durch die Bestimmungen des Friedensvertrages jede Möglichkeit genommen, ihrerseits für eine Befreiung der Gründe des Müllengrundes der obersteleien Kohlenförderung zu sorgen. Sie richtet daher an die verbündeten Regierungen nochmals die dringende Bitte, unverzüglich die in den deutschen Noten vom 21. und 23. August geforderten Maßnahmen zu ergreifen. Nach gestern eingegangenen telegraphischen Meldungen soll die interalliierte Kommission die Befreiung der Gründe aus Obersteleien überhaupt abgelehnt haben. Wie die deutsche Delegation in Spa dargelegt, und die dortige Konferenz ausdrücklich anerkannt hat, ist die Ausführung des Kohlenabkommens vom 14. Juni d. J. abhängig von einer ausreichenden Belieferung Deutschlands mit obersteleien Kohle.

(Der Reichstag des deutschen Handwerks.) Unter Beteiligung von über 600 Vertretern des deutschen Handwerks aus allen Teilen des Reiches, auch aus den höchsten Gebieten, trat in Jena die erste Reichstagung des deutschen Handwerks nach der im Vorjahre beschlossenen Schaffung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks zu ihren dreitägigen Beratungen zusammen. Zum ersten Male tritt das deutsche Handwerk, dessen amtliche

Vertretung — der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag — die Führung bei der wichtigen Tagung hat, geschlossen in die Erscheinung.

(Verhandlungen zur Bildung einer neuen Rheinisch-Westfälischen Industrie- und Handelskammer.) Zwischen belgischen industriellen Kaufleuten und einer Anzahl belgischer Händler einerseits und Straßburger Kaufleuten und Industriellen andererseits schweben zurzeit Verhandlungen zwecks Bildung einer neuen Rheinisch-Westfälischen Industrie- und Handelskammer. Die Führer der neuen Gesellschaft sollen das Kaufrecht für eine größere Masse besitzen, die bisher einer niederländischen Gesellschaft gehörte und von dieser nicht mehr intensiv genug ausgenutzt werden kann. Es soll sich um eine Masse von 50 000 Tonnen einschließlich 14 Schleppern handeln.

(Im Mittelstandskreis.) Der preussische Landesverband wurde die Vorlage der Regierung, die sich für die Mittelstandsklasse, mit großer Mehrheit angenommen. Bis zur zweiten Sitzung, die in nächster Woche beginnen soll, wird das Projekt nach Verbindung des mitteldeutschen Industriegebietes mit dem Mittelstandskreis am Ausschuss vorgelegt werden.

(Lohnpolitik am 15. September?) Die Gerichte, daß die Polen für den 15. September eine neue Aufstands- bewegung inszenieren wollen, verdrängen sich immer mehr. Nach zuverlässigen Nachrichten sind unmittelbar an der Grenze in Polen große Waffendepots errichtet worden. Die Polen weigern sich ferner, die belgischen Arbeiter die Bürgerwehren zu verlassen. Die Waffenabgabe ist infolge der Haltung der Franzosen ganz gering.

(Polnische Lügen.) Gutem Vernehmen nach hat die polnische Regierung auch ihrerseits ein Heftchen über Obersteleien erscheinen lassen, das angeblich an Hand von Dokumenten den Nachweis erbringen soll, daß die Vorgänge am 17. August von den Deutschen provoziert und mit Hilfe einer militärischen Organisation vorbereitet gewesen seien, und daß es sich also bei dem polnischen Aufstand lediglich um einen Akt der Defensivwehr und der Notwehr gehandelt habe. Dieses Heftchen soll auch bereits in das Ausland gelangt und insbesondere bei ausländischen Presse zunächst gemißtraut worden sein.

Ausland.

Rom. (Die Erdbebenkatastrophe in Italien.) Die schweizerischen Blätter bringen Nachrichten von der italienischen Grenze, wonach die Erdbebenkatastrophe, die am Dienstag vormittag zwischen 7 und 8 Uhr das italienische Küstengebiet und Toskana heimsuchte, außerordentlich folgenschwer gewesen ist. Die Erdstöße dauerten in kurzer Aufeinanderfolge minutenlang und führten in der Gegend von Sorbi zum Einsturz von Gebäuden und Kirchen. Acht Dörfer sind größtenteils zerstört. Unter den Trümmern liegen Hunderte von Opfern, deren Bergung große Schwierigkeiten bereitet. Eine umfangreiche Hilfsaktion wurde sofort eingeleitet. Der

